



An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen
im Hause

Antrag zur Sitzung des Rates am 07.06.2018

Sehr geehrter Herr Clausen,

zur o.g. Sitzung stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das neue Bundesprogramm/Regelinstrument zur Integration von Langzeitarbeitslosen („Teilhabe am Arbeitsmarkt für Alle -150.000-Stellen-Programm“ ca. 1.000 Stellen für Bielefeld) intensiv zu begleiten und nach Vorliegen der genauen Förderkriterien in Abstimmung mit dem Jobcenter und der REGE eine kommunale Strategie zu erarbeiten und bis zum Herbst 2018 den Ratsgremien zur Beratung vorzulegen. Die Bezirksvertretungen und Bezirksämter, gesellschaftliche und quartiersorientierte Akteure sind an der Erarbeitung der kommunalen Strategie zu beteiligen.

Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- **Die Stellen sollen sowohl in Unternehmen als auch im gemeinnützigen Bereich entstehen. Insbesondere Wirtschaftsunternehmen sollen bei der Einrichtung dieser Stellen unterstützt und begleitet werden, wenn sie bereit sind, Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen zu integrieren.**
- **Die Stadt tritt selbst in einem angemessenen Umfang als Arbeitgeber auf. Die städtischen Beteiligungen werden gebeten, sich an der Umsetzung des Programms zu beteiligen. Die Stellen sollen der Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt dienen und den ehemals arbeitslosen Beschäftigten sinnvolle Tätigkeiten ermöglichen – zum Beispiel im Bereich der Umwelt, der sozialen Einrichtungen, der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, der Quartiersbetreuung oder der Kultur.**
- **Die Stadt unterstützt die Beschäftigungsträger bei der Umsetzung des Programms insbesondere durch die Benennung von Einsatzgebieten, die aus Sicht der Stadt besondere Bedeutung bzw. besonders großen Nutzen haben.**
- **Die Stellen können sowohl neue Themen und Einsatzfelder aufgreifen als auch bestehende Strukturen verstärken.**

Begründung:

Das neue Bundesprogramm ist quantitativ sehr umfangreich – ca. 1.000 Stellen für Bielefeld – und wird deutlich flexibler ausfallen als die letzten Programme der öffentlich geförderten Beschäftigung. Zum Beispiel kann auch die Wirtschaft Stellen anbieten; die Einsatzgebiete

müssen weder gemeinnützig noch – voraussichtlich – zusätzlich sein. Dies bietet große Chancen für die langzeitarbeitslosen Menschen, für die Wirtschaft und für die Stadtgesellschaft. Da das Programm sehr kurzfristig anlaufen wird und optimal für die Stadtgesellschaft genutzt werden sollte, müssen schnell wichtige Fragen beantwortet werden: Welche Bedarfe im Bereich der sozialen, der kulturellen und der quartiersorientierten Infrastruktur können damit erfüllt werden, welche Initiativen unterstützt werden?

Um innerhalb kurzer Zeit 1.000 nutzen- und sinnstiftende Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen schaffen zu können, ist eine gemeinsame Anstrengung und eine kommunale Strategie notwendig und sinnvoll.

gez.

Georg Fortmeier
SPD-Fraktion

Jens Julkowski-Keppler
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Gugat
Ratsgruppe BN/Piraten

Bielefeld, 29. Mai 2018